

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Fronde in der Industrie.

Sozialpolitische Reaktion. — Die Werkvereinspolitik und der Reichsverband.

Bereits heute morgen konnten wir mitteilen, daß auf Veranlassung einiger reaktionärer Industrieller und einiger Führer der sogenannten vaterländischen Arbeiterbewegung eine „Gesellschaft für deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik“ gegründet wird, deren Gründungsversammlung während der Drucklegung des Blattes im Gange ist. Hinter den vaterländischen Arbeitnehmerverbänden verbergen sich die Führer der gelben Wertvereinsbewegung, die ihre Felle davonschwimmen sahen, seit sich im Unternehmerlager immer deutlicher die Tendenz zeigte, daß man sich mit den realen Tatsachen abfinden will. Unter der Oberfläche arbeiteten aber auf beiden Seiten die führenden Kräfte weiter.

Weiter der neuen Gründung ist das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Generaldirektor Dr. Horst. Dieser hat ein Schreiben an die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und an den Reichsverband der deutschen Industrie gerichtet, in dem er sich auf das heftigste gegen die Ausführungen Silverbergs anlässlich der Dresdener Industriellentagung wandte, diese als unerhörte bezeichnet und vor allem dagegen protestierte, daß Silverberg es gewagt habe, die deutsche Arbeiterschaft mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften zu identifizieren. In gehässiger Weise wandte er sich auch gegen diejenigen Wendungen Silverbergs, die die Verdienste eines Regien und Ebert um den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft herporgehoben.

Die Einstellung des Herrn Horst zu den freien Gewerkschaften ist bekanntlich nicht vereinzelt. Sie deckt sich weitgehend mit dem, was der Schwerindustrielle Dr. Reichert in Dresden und auch bei anderen Anlässen unter Zustimmung seiner deutschnationalen Freunde gegen Silverberg eingewandt hat. Man hat nun versucht, die Opposition zu sammeln und zunächst nach berühmtem Muster eine Art Studiengesellschaft zu gründen, die das notwendige pseudowissenschaftliche und agitatorische Material sammeln und bei den Industriellen das metallisch klingende Interesse wecken soll, um die Wertvereinsbewegung in größerem Stile zu entfachen. Von Wissenschaftlern hat man den Professor Duncmann, der ein von den Unternehmerverbänden unterstütztes Institut unterhält, und den Professor Boigt gewonnen.

Die Haupttreiber aber sind als politisch reaktionär bekannte Persönlichkeiten, wie wir sie heute morgen genannt haben. In dem Einladungsschreiben zu der heutigen Tagung kommt diese politisch reaktionäre Tendenz auch darin zum Ausdruck, daß erklärt wird, die Unternehmer seien heute nicht in der Lage, die ihnen notwendig erscheinenden Wege zu gehen, da sie durch Gesetz und die Politik des Staates in ihrer Tätigkeit in gewissem Sinne festgelegt seien. Man will damit offenkundig gegen die demokratischen Regungen polemisieren, die neuerdings im Unternehmerlager immer deutlicheren Ausdruck fanden und hat sich deshalb mit den Führern der nationalen Arbeiterbewegung an einen Tisch gesetzt, um zugleich mit der Förderung des Wertvereinsgedankens die staatliche Wirtschaft- und Sozialpolitik zu durchkreuzen.

Dr. Horst beruft sich darauf, daß die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände seine Bestrebungen ausdrücklich gebilligt habe. Auch an den Reichsverband der Deutschen Industrie hat er sich gewandt. Hier scheint er gleichfalls Zusagen einzelner Persönlichkeiten zu haben, wiewohl als solches sicherlich daran nicht beteiligt ist. Wir erwarten, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie sich dazu öffentlich ausspricht.

Was aber die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände angeht, so stimmt ihre Zusage durchaus überein mit der doppelzüngigen Politik, die in dieser Vereinigung nicht erst seit heute und gestern geführt wird. Man weiß, daß Kommerzienrat Ernst v. Borstig, der Vorsitzende dieser Vereinigung, in allen politischen und sozialpolitischen Fragen sehr weit rechts steht und für die Wertvereinspolitik immer sehr viel übrig gehabt hat. Außer Borstig aber ist noch eine ganze Reihe industrieller Führer in den Vorstandsorganen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vertreten, von denen man wohl annehmen kann, daß sie sich mit der Gegenaktion gegen die Reichsverbandsleitung solidarisch fühlen.

Man wird abwarten müssen, was der Reichsverband der deutschen Industrie zu diesen Vorgängen zu sagen hat. Billigt er die Fronde der Industriellen oder ist er dagegen wehrlos, so wird das für die Beurteilung der wirtschafts- und sozialpolitischen Haltung seiner Führer von der größten Wichtigkeit sein.

Schicksalsfragen des Zentrums.

Nachwort zur Erfurter Zentrumstagung.

Von Wilhelm Sollmann.

„Das deutsche Gesellschaftsleben ist noch völlig unausgeglichen. Es muß entweder politisch wieder rückwärts gegangen werden, was ausgeschlossen ist, oder es müssen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur mehrere kräftige Schritte vorwärts getan werden. Das ist die Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden. Es ist also sehr falsch, anzunehmen, daß wir bereits über die Revolution hinweg seien.“ (Stegerwald auf der Zentrumstagung in Erfurt.)

Wie groß ist doch dieser unsterbliche Karl Marx gewesen. Seine Lehre, daß die Produktionsweise entscheidend das Denken der Menschen beeinflusst, daß Umwälzungen in der Wirtschaft auch den geistigen Ueberbau, Staats- und Religionsysteme, erschüttern und verändern, wird zwar mühsam befehdet, aber in ihren Grundzügen erweist sich die so oft verzerrte und zu einem geistlosen Mechanismus herabgewürdigte marxistische Erkenntnis als richtig. Es ist der höchste Triumph des Meisters, daß selbst die in zwei Jahrtausenden verwurzelte katholische Kirche längst nicht mehr durch Predigt, Gebet und Buße und nicht mehr durch Almosen und Caritas die entseelten Kräfte des kapitalistischen Zeitalters zu bannen sich vermögt, sondern die organisierte Gegenwehr der besitzlosen Massen gegen den brutalen Materialismus rücksichtsloser Ausbeutung zu begreifen, anzuerkennen, ja zu unterstützen beginnt.

Vorüber sind die Jahre, da man christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine aus vorwiegend taktischen Beweggründen schuf, um Schranken gegen die heranrückende Sozialdemokratie aufzurichten. Für immer dahin ist die Zeit, da man christliche Arbeiter mit kalten kirchlichen Formeln und gehässiger Routine, die nichts wußte von der Blutreligiösen Erlebens, gegen ihre sozialdemokratischen Klassen-genossen verhehen konnte. Die katholische Kirche und ihr großes politisches Instrument, die deutsche Zentrumspartei, müssen sich dem durch die wachsende Proletarisierung von Grund auf sich wandelnden Denken der Massen anzupassen versuchen, wenn die kirchlichen und die politischen Organisationen nicht bedeutend an Einfluß und Anhang verlieren sollen. Von dem tiefen Mißtrauen vieler katholischer Proletarier nicht nur gegen die meisten ihrer politischen Führer, sondern gerade auch gegen den Klerus machen sich vermutlich nur wenige außerhalb des Katholizismus eine hinreichende Vorstellung.

Man muß bedenken, daß auf der Zentrumstagung in Erfurt nur gelebte Parlamentarier und gewandte Dialektiker zu Worte gekommen sind, die mit der ganzen Vorsicht des politischen Katholizismus die aufgehäuften Explosivstoffe sorgsam beiseite zu schaffen trachteten. Sieht man von dem altkonservativen Herrn von Papen ab, der den „liberalen Sozialismus“ noch immer wie ein bayerischer Bauernkaplan aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu betrachten scheint; so standen doch alle Redner von Urteil vor einem dreifachen Eingeständnis: das heutige deutsche Staatswesen entspricht in seinem Inhalt nicht den sozialen und demokratischen Worten der Verfassung; die wirtschaftlich abhängigen Volksmassen sind in der Produktion und im Geistesleben trotz aller politischen Demokratie unterdrückt und betrogen; die Entfremdung zwischen Proletariat und dem politischen wie dem religiösen Katholizismus ist unheilbar, wenn nicht neue Wege in einer neuen Sprache dem Volke gezeigt werden. Oder wie Toos aus den bitteren Erfahrungen mit den rein katholischen und von dem Partei-Sozialismus kaum berührten Arbeitern seiner niederrheinischen Heimat sagt: „Es ist ganz unmöglich, Menschen für den Staat zu gewinnen, die mit einem Fluch auf den Lippen nach Hause gehen, Menschen, die in ihrer Wohnung verkommen.“ So ist es.

Man sieht also das Verhältnis der Menschen zum Staate durch eine marxistische, wenn auch schwarz angerufte Brille. Aber wagt man schon praktische Folgerungen? Die Beschwörungsformel, die man nach achtungsgebietender Kritik unseres Gesellschaftskörpers gegen einen Zustand, in dem selbst Stegerwald schwere revolutionäre Gefahren sieht, anzuwenden vorschlägt, lautet: „Das unentbehrliche Fundament der deutschen Republik, wie eines jeden Staates, ist und bleibt christliche Sitte und Ordnung, gesundes Familienleben, Solidarität in Familie, Staat und Volk und strengste soziale Gerechtigkeit.“

Schon die kühne von Vergangenheit und Gegenwart widerlegte Behauptung, daß ein geordnetes Staatswesen ohne christliche Fundamente nicht möglich sei, charakterisiert jenen Satz mehr als rethorische Tonmalerei, denn als ein klar erfahres Bekenntnis, hinter dem der aus göttlichen Geboten strömende Wille steht, die mammonistische Anarchie dieses Zeitalters durch eine wie immer gearbete Gemeinschaftsordnung zu überwinden. Die ersten, die lebendigen Christen in der Zentrumspartei, die religiös erweckte Jugend, die den Raubcharakter der formal-christlichen kapitalistischen Welt vergeblich mit der Bergpredigt Jesu Christi in Einklang zu bringen sucht, wird aus Erfurt nur Worte gehört, nicht aber das Rauschen eines neuen Pfingstgeistes vernommen haben. Wenn wirklich die Parteigeilde, die Herr Dr. BIRTH als „verrotten“ bezeichnet haben soll, der seelischen Belebung bedürfen sollten — von

Garibaldi - ein Mussolini-Spiel.

Ein entlarvter Gegner des Faschismus.

Paris, 5. November. (E.P.) Der als antifaschistischer Verschwörer verhaftete Oberst Garibaldi — der übrigens Inhaber der französischen Ehrenlegion ist — ist nach Paris gebracht worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß Garibaldi nur nach außen hin als Antifaschist auftrat, tatsächlich aber mit Mussolini und der italienischen Polizei zusammenarbeitete. Es ist bereits festgestellt worden, daß er für seine Spionagetätigkeit 400 000 Franken Sold bezog. Noch am 24. Oktober wurden ihm durch Oberst Kapolla aus Rom 100 000 Franken ausgezahlt. Garibaldi hat vor dem Untersuchungsrichter nach längerem Leugnen ein volles Geständnis abgelegt. Es wird bekannt, daß der Verhaftete in Nizza auf sehr großem Fuße lebte.

Wie die Polizei Attentate fabriziert.

Rom, 5. November. (W.B.) Ueber die Ursachen, die zu der Verhaftung führten, teilt der „Matin“ mit: Gegen Ende Oktober erhielt die Pariser Sicherheitspolizei aus offiziellen italienischen Quellen davon Kenntnis, daß ein Italiener namens Scievoli, der in Paris wohnhaft gewesen sei, beabsichtige, sich nach Italien zu begeben, um Mussolini zu erhorden. Er ist tatsächlich am 17. Oktober in Nizza eingetroffen und hat sich sofort mit Garibaldi in Verbindung gesetzt. Er soll im Dienste des Bruders Garibaldi in Paris gestanden haben. Garibaldi führte ihn in die antifaschistische Kreise in Nizza ein und stellte ihn mit der Bemerkung vor, daß er mit einer vertraulichen, wichtigen Mission beauftragt sei.

Am 24. Oktober stieg ein Italiener, der sich für einen Kaufmann aus Florenz ausgab, in Nizza unter dem Namen Pisanca ab. Die Sicherheitspolizei bekam bald heraus, daß es sich um einen hohen Beamten der italienischen Polizei handelt, nämlich um den Major Kapolla, den Generalinspektur der Malländer Polizei. Auf die Polizei gebracht, gab Kapolla zu, wer er sei; er erklärte, die französische Grenze ohne Genehmigung überschritten zu haben, um über die Attentatspläne des Scievoli eine Untersuchung anzustellen. Bei Durchsicht seines Gepäcks jedoch wurde festgestellt, daß Kapolla außer dem der Polizei bekannten falschen Paß, der auf den Namen des angeblichen Florentiner Kaufmanns lautete, auch einen weiteren auf den Namen Scievoli lautenden Paß hatte. Gleichzeitig fand man bei ihm eine Anzahl vollkommen neuer 1000-Lire-Scheine. Kapolla wurde darauf über die Grenze abgeschoben, jedoch wurde ihm auf sein Ersuchen gestattet, noch für ein bis zwei Stunden nach Nizza zurückzukehren. In seinem Hotel angekommen, empfing er zur nicht geringen Ueberraschung der französischen Geheimpolizei, die ihn beobachtete, bald den Besuch des Obersten Garibaldi. Kapolla ist am 25. Oktober nach Italien zurückgekehrt.

Neuer Einbruch bei Oda Lerda-Olberg.

Wie wir erfahren, hat das angebliche Attentat von Bologna auch einen neuen Einbruch in das Haus des sozialistischen Parteivorstandes, in dem sich auch die Wohnung der Genossin Lerda-Olberg befindet, zur Folge gehabt. Es waren in dieses Haus, das nur von einem 70jährigen Manne, dem Gatten unserer Genossin, drei Frauen und einem Kinde bewohnt war, etwa 200 Faschisten eingedrungen, die alles kurz und klein schlugen. Der Angriff war schon zwei Stunden zuvor angekündigt worden, trotzdem geschah nichts Entscheidendes, um das Verbrechen, das in einer der Hauptstraßen Roms verübt wurde, zu verhüten. Der schwachen Polizei, die gewissenhaft und mutig die Verteidigung führte, gelang es zunächst, indem sie mit der Anwendung der Waffe drehte, die Menge in Schach zu halten. Als aber diese sah, daß die Polizei nicht schiessen durfte, durchbrach sie die Sperre. Die Familie — ein Greis, drei Frauen und ein Kind — mußte sich in eine fremde Wohnung retten und wurde noch später, als sie außerhalb des total verwüsteten Hauses eine Unterkunft für die Nacht suchen mußte, mit dem Schädel einschlagen bedroht. Ein Versuch der Einbrecher, die Trümmer der völlig demolierten Bureauräume in Brand zu stecken, wurde von der Polizei verhindert.

Die Deputiertenkammer einberufen.

Auf den 12. November.

Paris, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Der am Donnerstag tagende Kabinettsrat hat im Prinzip die Einberufung der Kammern auf den 12. November festgesetzt. Dieser Beschluß wird im Ministerrat am Freitag ratifiziert werden. Er wird sich außerdem ausführlich mit den Zwischenfällen gegen die französischen Konsulate in Ventimiglia und in Tripolis befassen.

Der englische Streik.

Einleitung von Friedensverhandlungen.

London, 5. November. (W.B.) Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter und die Vermittler aus dem Verbands der Gewerkschaften sind heute in der Frühe zusammengetreten, um den Text des Beschlusses zu formulieren, der der Konferenz der Vertreter der Bergarbeiter noch im Laufe des Vormittags unterbreitet werden soll. Man erwartet, daß der Beschluß den Vollzugsausschuß ermächtigen wird, Verhandlungen für den Frieden einzuleiten.

Die Vermittler aus dem Verbands der Gewerkschaften werden am Mittag mit der Regierung verhandeln, um die Friedensmöglichkeiten zu eröffnen.

dieser Zentrumslagerung scheinen uns keine Ströme lebendigen Wassers ausgegangen zu sein.

Wenn die „Germania“ recht berichtet, hat Herr Stegerwald versichert, daß nun bald die christliche Kultur im öffentlichen Leben in ganz anderem Maße zur Geltung gebracht werden soll als bisher. Dies Wort erfordert härteren Glauben, als er nach den Erfahrungen von Jahrzehnten in uns lebt. Ach, die christliche Kultur: ihre Verfechter regen sich leidenschaftlich, wenn irgendwo die engen Zäune durchbricht, die sie ihrer „Sittlichkeit“ gezogen haben. Noch stets gab es Moraltrumpeter der christlichen Kultur übergenug. Nie aber ist christlicher Geist bisher in die Industriekonzerne, die Trustfontore, die Bankgewölbe, die Kornkammern des Latifundienbesitzes eingedrungen, und nie haben die Lippenbekenner des Christentums auch nur eine Spur des Verdammungsurteils gegen Mammonien aufgebracht, mit dem sie etwa gegen jedes „gefällene“ Mädchen sofort zur Stelle sind. Wenn die Herren christlichen Gewerkschafter und Politiker jemals die Kapitalgewaltigen zu wahren Christen um befehlen wollten — an dieser „Christianisierung“ der Wirtschaft würden größere heilige zerbrechen als sie offensichtlich der Gegenwart zur Verfügung stehen.

Die Tagung von Erfurt ist ein Symptom, keine Klärung und erst recht kein Abschluß. Die allgemeine Gärung, die unsere deutschen Parteigeilde in langwierigem Prozesse umzuformen sich anschickt, hat die Zentrumspartei mit wachsender Kraft erfaßt. Beträchtliche Teile des politischen Katholizismus und auch vereinzelte Vertreter des religiösen Katholizismus beginnen Methoden des historischen Materialismus vielleicht noch nicht zu begreifen, aber anzuwenden. Mit ihrer Gesellschaftskritik suchen sie das starke Ethos ursprünglichen Christentums zu verbinden. In den harten Tatsachen der kapitalistischen Welt aber müssen die schönen Wünsche von „sittlicher Gemeinschaft“ in diesen durch Klassen zerrissenen scheinchristlichen Völkern zerren. Da der christliche „Solidarismus“, diese Verlegenheitsfindung katholischer Dekonomen, sich als unmöglich erweisen muß, werden die wirklich produzierenden Menschen den Weg zu einer Solidarität der Schaffenden suchen müssen. Sie werden sich um so eher zusammenfinden, je früher sie aufhören, die geistigen Strömungen, die zum Sozialismus führen in Werturteilen zu klassifizieren, sondern jeden als Bundesgenossen betrachten, der den Kapitalismus durch sozialistische Gemeinschaftsformen überwinden will.

Um den Achtstundentag.

Die Sozialdemokratie, die „Arbeiterpartei a priori“.

Die Gewerkschaften aller Richtungen haben ein Rotgesetz zur Wiederherstellung des Achtstundentags gefordert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich sofort mit dieser Forderung solidarisiert. Die Mitte schwankt, die Rechte ist dagegen. Für das Zentrum schreibt die „Germania“:

Diese jetzt so akut gewordene Frage ist ja derart, daß sie nicht nur einen Trennungstrieb zwischen der Arbeiterpartei a priori, der Sozialdemokratie, und den „bürgerlichen“ Parteien zieht, sondern daß sie mitten in die „bürgerlichen“ Parteien, die ja geldgierweise Arbeiter wie Unternehmer in ihren Reihen zählen, hineingeht und in diesen Parteien gelöst werden muß. Was das Zentrum angeht, so darf man nach den Erfahrungen, die man im Laufe der Jahre in manchen Konflikten, die unlösbar schienen, gemacht hat, mit Sicherheit annehmen, daß auch diese Frage in einer Weise gelöst werden wird, die beide Teile befriedigt und Wirtschaft und Staat fördert.

Zugleich läßt sich die deutsch-nationale „Kreuzzeitung“ so vernehmen:

Ebenso ausschweifend wie die ursorischen Bestrebungen zur Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge sind die von Seiten der

Gewerkschaften und der offenen wie der heimlichen Marxisten einschneidenden Bemühungen um grundsätzliche und tatsächliche Einschränkung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaftsverbände haben ein Rotgesetz verlangt, um die Arbeitszeit allenthalben auf acht Stunden herabzudrücken, unbefürmert um die Erfordernisse der einzelnen Wirtschaftszweige. Die Unternehmerverbände haben demgegenüber „mit größtem Ernst“ ihre warnende Stimme erhoben. Ob diese Stimme gehört werden wird, ist leider trotzdem, bei der Einstellung des gegenwärtigen Reichstages und der gegenwärtigen Regierung, sehr die Frage.

Also, die Sozialdemokratie, die „Arbeiterpartei a priori“, d. h. von vornherein, ist für den Achtstundentag, die deutsch-nationale Partei, die Unternehmerpartei a priori ist natürlich gegen ihn. Das gibt wenigstens ein klares Bild. Bei den Mittelparteien geht der Trennungstrieb mitten durch sie hindurch, denn sie haben zwei Seelen in der Brust, eine Arbeiterseele und eine Unternehmerseele.

So erfahren die Arbeiter genau, wo sie hingehören.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Beschlüsse im Sozialpolitischen Ausschuss.

In der heutigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages wurde der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der Bedürftigkeitsprüfung und der entsprechenden Bestimmungen in der Erwerbslosenverordnung abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag der Regierungsparteien, wonach in den Ausführungsbestimmungen der Reichsregierung die bisherigen Härten in der Bedürftigkeitsprüfung möglichst beseitigt werden sollten.

Es wurde ferner angenommen ein Initiativgesetzentwurf Schröders, der die Nichtanrechnung der Leistungen der Familienwohnenhilfe und der Wochenfürsorge auf die Erwerbslosenunterstützung für die Zukunft klar formuliert und sichergestellt.

Die Sozialdemokraten hatten ferner einen Antrag gestellt, die Pflichtarbeit abzuschaffen. Da dieser Antrag keine Aussicht auf Annahme hatte, so begründete Genosse Siebel einen Eventualantrag, wonach einmal die Anwendung der Pflichtarbeit nicht dazu führen dürfe, den Angestellten oder Arbeiter zu entlassen und diese ständige Arbeit als Pflichtarbeit verrichten zu lassen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Dagegen lehnte die Mehrheit den Antrag, für Pflichtarbeit die Tarifbestimmungen gelten zu lassen, ab.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, die Erwerbslosen nicht nur wie bisher gegen Krankheit, sondern auch gegen Invalidität zu versichern und die Anwartschaft auf die Leistung der sozialen Versicherungen während der Zeit der Erwerbslosigkeit aufrechtzuerhalten.

Die Verhandlungen über die Verlängerung der Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung gehen noch weiter.

Reichswehr und Republik.

Eine Forderung des Republikanischen Reichsbundes.

Der Reichsvorstand des Republikanischen Reichsbundes hat an die Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen, der Demokratischen und Zentrumspartei ein Schreiben gerichtet, das sich mit der Forderung der Einstellung in die Reichswehr beschäftigt. In dem Schreiben heißt es:

„Die jüngsten Vorgänge in der Reichswehr, die rechtswidrige Einstellung des ältesten Sohnes des vormaligen deutschen Kronprinzen, wie die auch in rechtlich gültiger Form vollzogene Einstellung der Söhne anderer Kronprinzen, als auch vor allem die ständige Zusammenarbeit offizieller Reichswehrstellen bei der Einstellung von Reichswehrsoldaten und Offiziersanwärtern mit ausgesprochenen staats- und republikfeindlichen Organisationen beunruhigen auf das lebhafteste die deutschen Republikaner.“

Die Mißstände, die überall zutage treten, sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Einstellung untergeordneten Stellen übertragen ist, die sich entweder der Tragweite ihrer Entscheidungen nicht bewußt sind, oder aber vorläufig und systematisch darauf ausgehen, Republikaner der Wehrmacht

der Republik fernzuhalten. Die deutsche Republik muß aber darauf Wert legen, daß die Reichswehr nicht nur ein zuverlässiges Regiment in der Hand der verfassungsmäßigen Reichsgewalt ist, sondern auch, daß in ihr der Geist der republikanischen Staatsidee lebendig wird.

Um die zutage getretenen Mißstände zu beseitigen und um vor allem neuen, unter Umständen schwereren Mißständen vorzubeugen, bitten wir die Reichstagsfraktionen der republikanischen Parteien dahin zu wirken, daß unter Abänderung des gegenwärtigen Zustandes die Einstellung von Reichswehrsoldaten und Offiziersanwärtern den untergeordneten Kommandobereichen entzogen und besonderen zentralen Rekrutierungsbureaus übertragen wird, die aus Vertretern des Reichswehrministeriums und Vertrauensmännern des Reichstages gebildet werden.

Das Schreiben ist vom Reichstagspräsidenten Genossen Löbe, vom Oberbürgermeister Dr. Luppe, Mitglied der Demokratischen Partei, und Ministerialdirektor Dr. Spieker, Mitglied des Zentrums, unterzeichnet.

Reichsfemeauschuss.

Die Geschäftslage.

Der Femeauschuss des Reichstages hielt heute morgen eine Geschäftssitzung ab, in der der weitere Arbeitsplan festgelegt wurde. Im Hinblick auf eine Reihe von unflätigen Beschimpfungen oberbayerischer Blätter erklärt der Vorsitzende Schetter, daß er sich einem eventuellen Strafantrag einiger Mitglieder des Ausschusses anschließen werde. Man dürfe diese Beleidigung des Ausschusses nicht ungeschehen lassen. Gegen den Abg. Mittelmann (D. Sp.) hat im „Regensburger Anzeiger“ vom 2. November „ein früherer Parlamentarier“ schwere Vorwürfe erhoben. Abg. Mittelmann gab eine Protesterklärung ab, in der er seine persönlichen Beziehungen zum Forstrat Eicherich klarstellte.

Nach Mitteilungen des Vorsitzenden sind durch die Vertagung der Tagung nach München ungefähr 50 Proz. der sonst erwachsenen Kosten erspart worden. In der nächsten Sitzung am 13. November erfolgt noch die Vernehmung von Dobner-Halle, Reunzert-Pfalz und Kanzler. Dann soll die Auffassung des Ausschusses über den bayerischen Femeakomplex in Losen festgelegt werden. Heber die weitere Arbeit wurde folgendes beschlossen: Man wird zunächst noch den Fall Hermann erledigen, der nur kurze Zeit in Anspruch nimmt. Dann soll der Komplex „Schwarze Reichswehr“ in Angriff genommen werden, da anzunehmen ist, daß bis dahin in den anderen Femeaprozessen rechtskräftige Urteile gefällt sind. Abg. Paschke (Soz.) weist mit Nachdruck darauf hin, daß es nicht notwendig sei, die Urteile abzuwarten, der Prozeß in Landsberg habe deutlich gezeigt, daß die Gerichte nur auf die Feststellung der kriminalistischen Tatsachen Wert legen. Zeugen, die über die allgemeinen Zusammenhänge auszusagen wissen, wie z. B. Schmidt und v. Albert, seien in Landsberg abgelehnt worden. Aber gerade auf die Behandlung dieser Dinge komme es im Ausschuss an.

Der Abg. Stöhr wünschte sofortige Behandlung des Falles Grütze-Dehder. Halle und Kube seien nicht vom preussischen Femeauschuss vorgefunden worden. Daraufhin stellt Abg. Landsberg fest, daß es standlos sei, wenn ein Abgeordneter eines Parlaments den Abgeordneten eines anderen Parlaments keinen Respekt bezeuge und damit seine Geringschätzung zum Ausdruck bringe. Es sei nicht wahr, daß der preussische Femeauschuss die Vernehmung Kubes unterlassen habe. Kube habe selbst in einem arroganten Briefe die Vernehmung abgelehnt und es gehe deshalb nicht an, daß unter diesen Umständen durch einen seiner Gesinnungsgenossen eine Beschwerde auf diesem Wege eingeleitet werde.

Sejm und Senat Polens werden bereits am 13. November zusammentreten. Die polnischen Sozialisten erklären die Eröffnung des Parlaments im Schloß als verfassungswidrig und werden an ihr nicht teilnehmen.

Drager Sprachschwierigkeiten. Als Justizminister Mart Harting, der der tschechischen Sprache nicht mächtig ist, im Budgetauschuss einen in deutscher Sprache abgefaßten Bericht vorlesen wollte, erklärte der tschechische Vorsitzende des Budgetauschusses, dies nicht zulassen zu können. Auf Eingreifen des Ministerpräsidenten wurde schließlich vereinbart, daß der Justizminister sich bei der Behandlung seines Ressorts von seinem Sekretärschef vertreten läßt.

Der Walzer meldet sich wieder.

„Die Königin“, Operette von Oscar Straus.

Vor dem „Deutschen Künstlertheater“ sah es gestern so aus, wie ehemals an Premierabenden vor dem Metropoltheater. Nürnbergstraße und Kurfürststraße, waren heillos verstopft durch träge schleichende Schlangen von Autodroschken und Luxuskarosserien. Mittendrin schwenkte in verzweifelter Hastigkeit ein Schupmann seine machtlosen Arme, und den unbeteiligten Passanten drängte sich die Ahnung auf: hier ist was los. Sie hatten recht. Es war was los. Erstens Operettenpremiere, zweitens Russe von Oscar Straus, drittens Max Wallenberg, viertens Frigg Massary. Einfache Wahrscheinlichkeitsberechnung der Direktion Saltzburg: wenn man Kanonen aufstellt, muß es einschlagen. Nun, vorne weg sei festgestellt, für drei und vier stimmte die Rechnung, eins und zwei waren Blindgänger. Dabei hatten die Librettisten Ernst Marischka und Bruno Granichstäden einen hübschen Einfall für die Handlung. Die gestürzte Königin trifft in ihrem Exil, einem Berghotel in der Schweiz, mit dem neugeborenen Präsidenten der Republik zusammen, dem Mann, dem sie den Verlust des Thrones zu verdanken hat. Sofort nimmt sie den Fehdehandschuh auf, den der Zufall hingeworfen hat. Sie kämpft den Kampf der Rache. Bis dahin hat es bei den Textdichtern gereicht. Dann bemüht sie sich, den Einfall so banal wie möglich zu gestalten und verfaßt richtig in einem Sumpfe leichter Operettenromantik. Natürlich verlieben sich die Gegner Knall über Fall, und die Sache geht aus wie das Hornberger Schießen. Nun, nach geübtem Librettistenbrauch muß ja der Text ein wenig blöd sein. Die Russe wird uns schon einschlagen und den Abend spritzig machen. Aber ach, Oscar Straus' Komposition ist von A bis Z eine Enttäuschung. Er ist von der unglückseligen Idee befallen, etwas unerhörtes Neues zu schaffen, indem er das Alte wiederbelebt. Den Walzer will er von neuem kreieren, die schnalzen Klänge, die mit Recht verstorben sind. Schon in der matten Quertüre achte man Böses. Inbrünstig erklingt schmeichelnde Weisen im Dreiviertelakt, singen larmoyant und schlafend sich ein, bis man durch ein endloses begingend atmendes Schlusshornament aus den Walzerträumen gerissen wird. Viele Einfälle hat der Komponist nicht gehabt. Und teils von den Liebern wird den Weg in die Großstadtschicklichkeit finden, weil die schwächenden Töne nicht haften bleiben. Auch in der Instrumentation vermerkt Straus die reichen Mittel, mit der eine moderne Kapelle den Rhythmus der Gegenwart illustriert. Jimmies und Blues sind zwar in der Partitur enthalten, verschwinden aber unter dem Wust des Dreiviertelaktes. Allerdings der Text der sogenannten Schlager ist nicht dazu angetan, einen Komponisten zur Erfindung schmissiger Klänge aufzustacheln. „Mensch, sei nicht so aufgeregte, das hat doch keinen Zweck“, oder „In Basel, in

Basel, da macht man kein Gefasel“, sind so ein paar Proben vom Ingenium der Schlagerdichter.

Und doch wird der Kaffierer des Deutschen Künstlertheaters monatelang schmunzeln. Seit Jahren sieht man zum ersten Male wieder das Ehepaar Massary-Wallenberg zusammen auf der Bühne. Die ewig junge Frigg Massary ist bezaubernd und hinreichend wie immer. Das albernste Lied wirkt als Kunstwerk, wie sie es vorträgt. Hier wird Routine und Virtuosität der Anmut zum Erlebnis. Unvermittelt blüht ein Lächeln auf, und die Herzen der Zuschauer sind gefangen. Mit pitanter Grazie schmeißt sie die großen Augen, aber nur selten die Beine, die sie gestern sichtlich schonte. Eine bewundernde Baine prickelt im genialen Spähmacher Wallenberg. Er jongliert mit Worten, verquatscht die Pointen, verhaspelt sich mit der Zunge und den Beinen und bleibt bei seinem hinreichenden Ill tot-ernst. Er nennt die Jungfrau ein Hügelchen und die gestülpte Krone eines Taschentuchs ein goldgepiktes Krönlein. Er singt und trachtet zum Götterbarmen.

Dies Ehepaar und die reizende Charlotte Anders reihen die ganze Operette heraus, so daß trotz der überlangen Dauer das Publikum in keinem stürmischen Beifall nicht erlahmt.

Ernst Degner.

Max Marckerleig. Max Marckerleig, der, wie bereits gemeldet, im Alter von 73 Jahren in Köln gestorben ist, war einer der bedeutendsten Theaterpraktiker und Theaterhistoriker Deutschlands. Er hat die junge Wissenschaft von der Geschichte des Theaters begründet und so die Studien fortgesetzt, die der berühmte Devrient vor Jahrzehnten begann. Sein umfangreiches Werk vom Drama im 19. Jahrhundert konnte darum mit Recht in einer Sammlung erscheinen, die Bücher über das gesamte deutsche Kulturleben vereinigte. In Marckerleigs gingen aber stets die Gelehrtenarbeit und die Bühnenpraxis zusammen. So hat er als Regisseur und als Theaterleiter vor allem in Köln und Leipzig vorzügliches geleistet, und viele Talente, die nachher große Bedeutung erlangten, gingen aus seiner Schule hervor. Er war einige Jahre mit Gertrud Ensselt verheiratet, und durch die eheliche Verbindung mit dieser starken Künstlerin wurde er auch der modernen Literaturbewegung befreundet. So war er stets noch allen Seiten hin interessiert, ein Mann, der das Theater als nationale und soziale Erscheinung ebenso klar betrachtete, wie als Manifestation der künstlerischen Individualität.

Gegen die neue Ley Heine, nahm die vom Ausschuss zur Bekämpfung des Schundgesetzes einberufene Versammlung im ehemaligen Herrenhaus gegen eine Stimme folgende (bereits im Morgenblatt resümierte) Resolution an:

„Das im Reichstag zur Beratung stehende Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften bedeutet eine ungeheuerliche Bedrohung der durch die Verfassung garantierten Freiheit des geistigen und künstlerischen Schaffens. Es sucht unter dem Vorwande des Schutzes der Jugend auf Umwegen ein Zensurgesetz zu schaffen, das schlimmer ist als die Ley Heine vom Jahre 1900, die durch die allgemeine Empörung fortgesetzt wurde. Nicht

nur alle geistig und künstlerisch Schaffenden, sondern auch große wirtschaftliche Interessentkreise sind durch dieses Gesetz auf das schwerste bedroht, ohne daß das angeblende Ziel, die Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften, durch sein Inkrafttreten erreicht würde. Die Versammlung protestiert deshalb auf das entschiedenste gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf und verlangt vom Reichstag, daß er im Interesse des Ansehens des deutschen Volkes und der deutschen Kultur das Gesetz ablehnen möge.“

Krebs und Beruf. Das Medizinische Untersuchungsamt der englischen Regierung hat einen Sonderbericht verschiedener Verze über das Vorkommen des Krebses in den einzelnen Berufsarten herausgegeben, über den in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird. 46 118 Krebstodesfälle bei Männern aus den Jahren 1910 bis 1912 wurden untersucht. Man fand eigentliche Gewerdekrebse nur bei den Kaminsiegern und den Baumwollspinnern. Doch konnte festgestellt werden, daß Alkoholiker, Raucher und Syphilisiker besonders zu Krebsen der Zunge und der oberen Verdauungs- und Atemwege neigen. Bei anderen Gewerben tritt eine Disposition für Krebskrankungen im Zusammenhang mit derartigen Schädigungen auf, wie z. B. beim Gejmirtogewerbe, bei den Handlungreisenden und Barbieren. Besonders deutlich ist der Gewerbezweck bei den Baumwollspinnern, bei denen sich aus den letzten 50 Jahren 539 Fälle nachweisen ließen. Es gibt 23 000 derartige Arbeiter in England; sie bekommen fünfundsiebzigmal häufiger diesen Krebs als andere gleichartige Männer. Niemand würde ein Heil bedauern, bei dem der Erkrankte nicht wenigstens zehn Jahre lang sich der bewundernden Bewunderung mit Paraffin in diesem Berufe ausgelehnt hätte. Man benutzt allerdings in Lancashire schon lange gereinigtes Paraffin für diese Maschinen, ohne daß aber dadurch das Entstehen des Krebses vermindert worden wäre. In dem Bericht werden auch interessante Beobachtungen aus dem Londoner Krebsinstitut mitgeteilt. Man beobachtet bei Mäusen eine bestimmte Hautstelle ihrer Invervierung und pinsette sie dann regelmäßig mit Loer, bis Krebs auftrat. Bei diesen Tieren trat der Krebs später auf als bei Kontrolltieren, wodurch die Behauptung widerlegt wird, daß unästhetische Hautstellen zu Krebs prädisponieren.

5 Millionen Mark für ein Bild geboten. Wie Schweizer Blätter berichten, soll ein reicher Amerikaner 5 Millionen Mark für die „Madonna“ des jüngeren Holbein geboten haben, die sich im Museum zu Solothurn befindet. Es wäre dies der höchste Preis wohl, der für ein Bild bezahlt wird, denn für das bisher teuerste Gemälde, Tysons „Venus und Adonis“, wurden 4 Millionen Mark gezahlt. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß dies Gebot angenommen wird, denn die Bedingungen, unter denen das wundervolle Werk dem Museum überlassen wurde, schließen einen Verkauf aus.

Kunstliche Führungen finden Sonntag, 10 bis 11^{1/2} Uhr vorm., im Alten Museum (Vollzeit — Prof. Reugebauer), im Kaiser-Friedrich-Museum (Dreier und Geibel — Dr. Küster), und im Museum Prins-Albrecht-Strasse 7 (Chinesische und japanische Malerei — Dr. B. Cohn) statt.

Das Moskauer künstlerische Theater „Gubina“ gab ein eigenes Konzert im Winteraal am Freitag, 8 Uhr, morin Wieder, Rezitationen, Länze um geboten wurden.

Neuregelung preussischen Studentenrechts.

Die Absichten der Regierung.

Der Preussische Landtag hat im Frühjahr durch eine Entschließung das Staatsministerium ersucht, die Verordnung über die Bildung der Studentenschaften vom 18. September 1920 umzugestalten und unter voller Aufrechterhaltung der studentischen Selbstverwaltung Sicherheiten dafür zu schaffen, daß die in den letzten Jahren an mehreren Universitäten zutage getretenen Fälle gräßlicher Korruption und schweren Mißbrauchs studentischer Ämter und Gelder sich in Zukunft nicht wiederholen. Außerdem hatte der Landtag das Staatsministerium ersucht, die Verordnung so umzugestalten, daß die studentischen Rechte aller voll immatrikulierten deutschen und auslandsdeutschen Studenten in vollem Umfang gewahrt werden, insbesondere dadurch, daß in Zukunft alle österreichischen Studenten und die vom Rektor als solche anerkannten, auslandsdeutschen Studenten zur Studentenschaft gehören sollen, und dadurch, daß die preussischen Studentenschaften sich fernerhin lediglich mit solchen außerpreussischen Studentenschaften koalieren dürfen, die in gleicher Weise zusammengefaßt sind wie sie selbst. Diese letzte Entschließung hat infolgedessen besondere Bedeutung, als eine Reihe preussischer Studentenschaften aus dem Kreise der auslandsdeutschen Studenten bisher nur die völkischen Studenten als Mitglieder zugelassen und außerdem alle preussischen Studentenschaften sich, anstatt mit der gesamten österreichischen Studentenschaft und mit der gesamten deutschen Studentenschaft der Tschechoslowakei sich zu verbinden, sich nur mit den völkischen Gruppen dieser Länder koalitiert haben.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat an das Staatsministerium eine Anfrage gerichtet, was es zur Durchführung des Landtagsbeschlusses getan habe. Kultusminister Dr. Becker hat nunmehr geantwortet, daß die Aufstellung neuer Kassenordnungen, die die ordnungsmäßige Vermögensverwaltung der Studentenschaften sicherstellen, angeordnet sei. Zu der Frage der Mitgliedschaft der einzelnen Studentenschaften und der Koalitionsfrage hat der Minister erklärt, daß er dem preussischen Staatsministerium den Entwurf einer Änderung des Studentenrechts vorlegen werde. Um Zweifel, wie sie durch die rechtliche Ausdeutung des Wortlauts des Landtagsbeschlusses entstehen können, vorzubeugen, erscheint es jedoch dem Minister erwünscht, vorher eine Besprechung der Angelegenheit mit dem Kulturausschuß des Landtags herbeizuführen. Dieser Ausschuss dürfte auch von den Regierungspartei in weitestmöglichster Weise beteiligt werden, die ihrerseits bereits beschlossen haben, die Frage im Kulturausschuß zur Sprache zu bringen. Das Ministerium ist durch die Abgeordneten der Regierungspartei und durch die Vertreter der nichtvölkischen studentischen Verbände in Kenntnis darüber gesetzt, daß die bisherige Nichtdurchführung der Landtagsbeschlüsse in den Kreisen der freiheitlichen Studentenschaft lebhafteste Verurteilung hervorgerufen hat. Um so mehr wäre es zu wünschen, daß das Ministerium nunmehr den alten Ankündigungen auch in kürzester Frist die entsprechende Ausführung folgen läßt, die den unerquicklichen Verhältnissen in der deutschen Studentenschaft ein Ende macht.

Ueberblickt man die bisherige Geschichte der deutschen Studentenschaft, so wird man mit Bedauern feststellen müssen, daß diese Organisation zwar viel politischen Lärm verursacht hat, sachliche Erfolge aber bisher infolge ihrer Struktur nicht aufzuweisen vermochte. Die bei der bekannten Notlage vieler Studierender bedeutsamen wirtschaftlichen Fragen werden längst von anderer Seite her geregelt, und dem Ausland gegenüber hat die deutsche Studentenschaft durch ihr halbsatirisches Auftreten gleichfalls keine Erfolge zu erzielen vermocht. Im Gegenteil, die Wahl des hochscholastischen Staatsbürgers Thon zum Vorsitzenden der deutschen Studentenschaft ist im Ausland peinlich empfunden worden.

Demgegenüber ist es besonders erfreulich, festzustellen, daß bei der neueren Tagung der Bänderbunds-Studentenvereinigungen Referendar Preuß, ein Sohn des verstorbenen Innenministers, zum Vorsitzenden dieser großen, etwa 25 Staaten umfassenden Organisation gewählt worden ist, und daß die Redaktion einer ab Januar erscheinenden internationalen studentischen Zeitschrift dem Vorsitzenden des Verbandes sozialistischer Studenten Deutschlands und Österreichs, Dr. Otto Friedländer, übertragen worden ist. Aus alledem ergibt sich, daß bei einer entsprechenden Vertretung der deutschen Interessen dem Ausland gegenüber es auch den deutschen studentischen Kreisen durchaus möglich ist, sich die Achtung und das Vertrauen des Auslandes zu erwerben.

Wenn, was zu hoffen und auch dringend zu fordern ist, die Neuregelung des preussischen Studentenrechts erfolgt ist, so wird die deutsche Studentenschaft vor die Frage gestellt sein, ob sie als rein private Vereinigung, innenpolitisch und außenpolitisch isoliert, sich auf ein unheilvolles Schicksal beschränken will oder ob sie gewillt ist, auf der Basis einer reiflichen Verwirklichung des großdeutschen Gedankens mit all den freiheitlich gesinnten Studenten zusammenzuarbeiten, die sich in ihrem Denken und Handeln mit der überwiegenden Mehrheit des Volkes verbunden fühlen und die friedliche Verständigung zwischen den Völkern als eine der vornehmsten Kulturaufgaben der deutschen Studenten betrachten.

Ein gemeingefährliches Gaunerfleblatt

Wie ein Bauer um sein Hab und Gut gebracht wurde.

Durch eine Betrügerbande wurde der Landwirt Julius Bloch um sein Hab und Gut gebracht. Er hatte sich im Oktober 1923 entschlossen, sein in Gorgast bei Küstrin gelegenes über hundert Morgen großes Bauerngut zu verkaufen und hatte dafür 250 Stück Aße-Bergbauaktien, die damals einen Wert von etwa 60 000 Goldmark hatten, erhalten.

Bloch beabsichtigte, bald darauf nach Amerika auszuwandern, um sich dort eine Existenz zu gründen. Er mußte also die Aktien verkaufen und wollte sich Dollars beschaffen. Durch Vermittlung geriet er nun an ein Schwindlerkonfession, das sich vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen dieser und anderer „Geschäfte“ zu verantworten hatte. Bloch erhielt kein bares Geld, sondern einen Scheck über 16 000 Dollar auf eine amerikanische Bank und wurde auch von dem Gaunerfleblatt nach Hamburg und direkt aufs Schiff gebracht. In Amerika mußte er aber die Erfahrung machen, daß der Scheck wertlos war. Durch Vermittlung des deutschen Generalkonsuls in Ohio wandte sich Bloch an seinen Namensvetter, den Berliner Rechtsanwalt P. Bloch, der sich mit dem jetzigen Angeklagten, dem „Bankier“ Gustav Petersen, den „Direktoren“ Spieß und Schandelle, in Verbindung setzte. Um dieser Strafvollstreckung zu entgehen, fanden sie sich zu einem Vergleich bereit und erbaten sich, Bloch 10 000 Dollar bar zu zahlen. Das war aber nur eine Berührung; denn es war von ihnen nichts herauszubekommen, und der Landwirt ist um sein gesamtes Vermögen gebracht worden. Als die drei Spießgesellen nunmehr in Haft genommen wurden, stellte es sich heraus, daß die Seele des „Unternehmens“ Petersen war, der noch eine ganze Reihe von Betrügereien auf dem Kerbholz hatte. Er hatte in der Inspektionszeit eine Er- und Importgesellschaft und gleichzeitig Kreditbank gegründet, die in einer früheren Kneipe ihr Geschäftslokal hatte. Die Er- und Importgesellschaft bestellte Waren aller Art, wie Autos, Wolle und Brillanten, und gab Wechsel, die mit dem „Oiro“ der Bank versehen waren. Auf diese Weise wurden die Lieferanten getäuscht, und die erlangten Waren wurden sofort gegen bar verschleudert. Auch der Scheck an Bloch war über die „Bank“ gegangen. Das Schöffengericht verurteilte Petersen zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und nahm ihn auch sofort in Haft, da er nach Verurteilung einer Unterjuchungshaft von 9 Monaten gegen Sicherheitsleistung wieder freigelassen worden war. Spieß und Schandelle, die nur die Rolle der Werkzeuge bei dem Gaunertrieb Petersens gespielt hatten, erhielten je 6 Monate Gefängnis.

Die Belohnung von Leiferde.

Wenn man Alimente zahlen muß.

Erst jetzt wird bekannt, daß nach der Urteilsverkündung im Prozeß gegen die Eisenbahnattentäter von Leiferde einer der Hauptzeugen, Windmann aus Schöttmar, unauffällig aus dem Verhandlungssaal heraus verhaftet wurde. Der Grund dieser Festnahme war in einer Forderung auf 5500 Mark zu suchen, die Windmann wegen nicht gezahlter Alimentationsgebühren schuldete. Windmann, der gemeinsam mit dem Zeugen Schröder die Attentäter zur Anzeige gebracht hat, war vor einigen Tagen die Belohnung in Höhe von etwa 13 000 M. zugestellt worden. Da er sich nunmehr im Besitz von Geldmitteln befand, während er vorher arbeitslos war, versuchte das Gericht, die bisher ausstehende Forderung einzutreiben. Es wurde ihm von einem Hilfsbeamten Gerichtsvollzieher ein Schuldtitel über 5500 M. vorgezeigt. Windmann äußerte sich dem Gerichtsvollzieher gegenüber, daß er die ihm wegen der Anzeige ausbezahlte Belohnung bereits seinem Vater geschenkt habe, der ihn während seiner Arbeitslosigkeit vollkommen unterhalten und unterstützt habe. Da er sich aus diesem Grunde zahlungsunfähig erklärte, wurde er vorläufig in Haft genommen. Windmann erklärte sich schließlich bereit, mit dem Gerichtsvollzieher am heutigen Freitag nach Schöttmar zu fahren, wo er das Geld durch seinen Vater auszahlen lassen werde.

Ein neues deutsches Großflugzeug.

Auf dem Berliner Flughafen wurde gestern ein neues dreimotoriges Großflugzeug der Presse vorgeführt. Es handelte sich um eine Maschine der Rohrbachwerke, die bisher ausschließlich Seeflugzeuge herstellte und nun zum erstenmal auch mit einem Landflugzeug den Wettbewerb mit den sonstigen Flugzeugkonstruktionen aufnahm. Im Gegensatz zu den ebenfalls aus Ganzmetall hergestellten Junkers-Flugzeugen ist die neue Maschine aus glatten Blechen zusammengesetzt und besitzt nur offene Profile. Zum Bau wurde Duraluminium verwendet. Die Motorenleistung ist so bemessen, daß die Maschine auch nach Ausfall von 50 Proz. der Motorstärke noch flugfähig bleibt. Jeder der eingebauten drei wassergekühlten Motoren leistet 250 Pferdestärken. Mit dieser Maschinenleistung wird eine Geschwindigkeit von 200 Kilometer in der Stunde in einer Höhe von 2000 Metern und einer Reichweite von 400 Zeilen erreicht. Die Brennstofftanks sind in den beiden Flügeln untergebracht. Der 5 Meter lange Fahrgastraum vermag zehn Passagiere aufzunehmen. An dem leider nicht besonders geschützten Führerstand ist Platz für zwei Piloten. Besonders bemerkenswert ist, daß es bei dieser Maschine zum ersten Male gelang, das Motor- und Propellergeräusch vom Fahrgastraum fernzuhalten. Das Flugzeug selbst hat eine Spannweite von 26 Meter bei einer Länge von 16,3 Meter und einer Höhe von 4 1/2 Meter. Es besitzt ein Eigengewicht von 4100 Kilogramm. Die Maschine wird am 5. November auf der Strecke Berlin-Lübeck-Ropenhagen-Malmö eingeleitet werden. Rumbflüge zeigen, wie sicher die Maschine in der Luft fliegt, daß sie nach verhältnismäßig kurzem Anlaufweg sich vom Boden abhebt und mit außerordentlicher Leichtigkeit und Sicherheit zu landen vermag. Ein besonderer Vorzug ist es, daß die Maschine als Hochdecker gearbeitet ist, so daß der Fahrgast den freien Blick auf die überliegende Landschaft hat. Auch diese neuen dreimotorigen Flugzeuge sind nur eine Etappe auf dem Wege zu dem Großflugzeug, das vielleicht hundert und mehr Personen befördern kann und durch dessen Verwendung der Flugverkehr wirtschaftlicher und die Flugpreise vielleicht auch billiger werden. Heute ist das Fliegen immer noch das Vorrecht einiger weniger. Ueber diese Tatsache täuscht auch das Anwachsen der Personenflugkilometer nicht hinweg. Erst dann, wenn das Flugzeug Massenbeförderungsmittel geworden ist, wird es seine wahre Mission erfüllen können.

Schwere Schlägereien.

Das Messer spielte abermals eine Rolle bei einer Schlägerei, die gestern abend in der Besselstraße einen Auslauf verursachte. Hier lernten ein 30 Jahre alter Chauffeur Johann Walter und sein Begleiter Müller bei einem Schankwirt ein, um Abendbrot zu essen. Den Wagen ließen sie vor der Tür stehen. Da machten sich mehrere junge Burschen an den Lampen des Autos zu schaffen. Als Walter das wahrnahm und die Burschen wegtrieb, beschimpften sie ihn und wurden gleich darauf auch tätlich. In den Auslauf, der sich bildete, gerieten unversehens auch der 31 Jahre alte Händler Untermann aus der Lindenstraße und seine gleichaltrige Ehefrau. Beide erhielten, obwohl sie mit der Schlägerei nichts zu tun hatten, mehrere Stiche und mußten sich auf der Rettungswache verbinden lassen. Als die Polizei kam, liefen die Übeltäter davon und entkamen unerkannt.

Bewußtlos aufgefunden wurde vor dem Hause Bügowufer 20 ein 49 Jahre alter Tafelbedier Adolf Sch. aus der Rollendorfstraße. Er hatte Kopfverletzungen, die auf der Rettungswache verbunden werden mußten. Nachdem er die Bewußtlosigkeit wiedererlangt hatte, gab er an, daß er in einem Lokal mit einem ihm bekannten 47jährigen Schloffermeister wegen Frauen in Streit geraten sei. Im Laufe der Auseinandersetzung habe der Meister eine große Wäsche ergriffen und ihn damit trotz seiner Gegenwehr so überfallen, daß er auf der Straße zusammengebrochen sei.

Wieder ein Raubüberfall.

Im Humboldthain überfallen wurde gestern eine 24 Jahre alte Frau Gertrud A. aus der Steintiner Straße. Sie wartete dort gegen 10 Uhr auf ihren Mann, der von seiner Arbeitsstelle kam. Als er nicht gleich erschien, ging sie ein paar Schritte in den Hain hinein und hier auf und ab. Plötzlich sprang ein Mann von etwa 25 Jahren aus dem Gebüsch heraus. Mit vorgehaltenem Revolver zwang er die Frau unter Drohungen, sich ruhig zu verhalten, packte sie, schleppte sie in das Gebüsch hinein, vergewaltigte sie dort, raubte ihr drei Ringe von den Fingern, wandte sich dann unter neuen Drohungen fort und entkam in der Dunkelheit. Der Räuber ist etwa 1,70 Meter groß und trug eine Segelmütze und einen dunklen Schläpfer.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenzeitschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Von der Stachensbahn überfahren. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ereignete sich in Ruhleben ein schwerer Straßenunfall. Der Reichswehrsoldat L. Wierick vom 9. Infanterieregiment geriet unter einem Straßenbahnwagen der Linie 54. Beide Beine wurden ihm abgefahren. Der Verunglückte fand im Spandauer Krankenhaus Aufnahme. Sein Zustand ist sehr ernst.

Im Bericht der Bezirksversammlung Neutölln ist noch nachzutragen, daß unsere Fraktion gegen die Errichtung eines Warenhauses am neuregelten Hermannplatz nichts einzuwenden hat. Die geübte Kritik richtete sich nur gegen die Art, wie dieses Projekt zustande gekommen ist und daß das Bezirksamt Neutölln sowohl wie die Bezirksversammlung nunmehr vor vollendeten Tatsachen stehen.

Grubenunglück in Hamborn. Ein schwerer Grubenunfall ereignete sich in der vergangenen Nacht auf der Schachtanlage 4 bis 8 der Zeche Friedrich Thyssen in Hamborn, in dem in einer Kapselfammer unter Tage zwei Schloffer durch Brandgase erstickten. Ein dritter Schloffer kam auf der Flucht vor den Gasen zu Fall und zog sich dabei einen schweren Schädelbruch zu. Er mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Der Brand konnte bald gelöscht werden, so daß eine Gefahr für die Belegschaft nicht mehr vorliegt. Die Bergbehörde hat die sofortige Befahrung der Unfallstelle und eine Untersuchung über die Ursache des Unglücks eingeleitet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr, Doppel-Messe 13. Vortrag des Herrn Dr. R. Sturm: Der Einfluß der französischen Kultur auf Deutschland. Harmonium: Intermezzo aus „Cavalleria rusticana“ (Mascagni). Gäste willkommen.

Sport.

Die erste Nacht im Sportpalast.

Das Feld gesprengt. — Rebe-Gottfried führen!

Die erste bewegte Nacht des Berliner Schachtagersmens ist abgeschlossen. Sie brachte Jagden und Kämpfe, die viel erwarten lassen. Die Opfer sind nicht ausgeblieben: bei einer Jagd nach Mitternacht gelang es Rebe-Gottfried, das ganze Feld zu überwinden. Bei der Einleitung zu dieser Jagd stürzten beim Abblöhen Hahn-Lieg. Lieg bemerkt man bald wieder im Felde, Hahn bleibt verschunden und muß später das Rennen überhaupt aufgeben. Der Sturz am letzten Sonntag dürfte doch nicht so harmlos gewesen sein und der gestrige hat das übrige getan. Der prächtige Lieg ist als Ersatzmann das Rennen fort.

Von 11 bis 12 Uhr hat das Feld weitere 38,160 Kilometer zurückgelegt. Rebe kann den ersten Spurtstiege für sich verbuchen vor Golle, Horan und Kerts. Den 2. Spurt gewinnt Knappe vor Bauer, Horder und Behrendt. Horder versucht in der letzten Runde noch aufzukommen, muß sich jedoch mit dem dritten Platz begnügen. Lieg siegt schon im 3. Spurt gegen Kieger, Friede und Golle. Von Hevel ist der Mann des 4. Spurts vor Knappe, Buschenhagen, Bacquehan. 5. Spurt: 1. Junge gegen Rebe, Lewanow und Golle. Gottfried löst im 6. Spurt Hahn, Lorenz und Bauer hinter sich. Rebe, Gottfrieds Partner, vermag im folgenden Spurt ebenfalls den ersten Platz vor Lewanow, Stolz und Junge zu besetzen. Im 8. Spurt holt Riehe die ersten fünf Punkte vor Hahn, Horder und Buschenhagen. Golle fährt dann im neunten den Sieg knapp gegen Kieger, Tonani und Lewanow heraus. Endlich der 10. Spurt, den sich Bauer vor Knappe, Buschenhagen und Hufschte holt.

Die erste Wertung.

Eine Stunde nach Rennbeginn hat das Feld 39,485 Kilometer zurückgelegt. Rebe kann den ersten Spurtstiege für sich verbuchen vor Golle, Horan und Kerts. Den 2. Spurt gewinnt Knappe vor Bauer, Horder und Behrendt. Horder versucht in der letzten Runde noch aufzukommen, muß sich jedoch mit dem dritten Platz begnügen. Lieg siegt schon im 3. Spurt gegen Kieger, Friede und Golle. Von Hevel ist der Mann des 4. Spurts vor Knappe, Buschenhagen, Bacquehan. 5. Spurt: 1. Junge gegen Rebe, Lewanow und Golle. Gottfried löst im 6. Spurt Hahn, Lorenz und Bauer hinter sich. Rebe, Gottfrieds Partner, vermag im folgenden Spurt ebenfalls den ersten Platz vor Lewanow, Stolz und Junge zu besetzen. Im 8. Spurt holt Riehe die ersten fünf Punkte vor Hahn, Horder und Buschenhagen. Golle fährt dann im neunten den Sieg knapp gegen Kieger, Tonani und Lewanow heraus. Endlich der 10. Spurt, den sich Bauer vor Knappe, Buschenhagen und Hufschte holt.

Die 2-Uhr-Nachwertung

bringt in den einzelnen Spurts folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Tonani, 2. Horder, 3. Stolz, 4. Marcellac. 2. Spurt: 1. Bauer, 2. Buschenhagen, 3. Blanchonnet, 4. Rebe. 3. Spurt: 1. Kieger, 2. Gottfried, 3. Lewanow, 4. Tonani. 4. Spurt: 1. Knappe, 2. Buschenhagen, 3. Rebe, 4. Behrendt. 5. Spurt: 1. Junge, 2. Horder, 3. Verschueren, 4. Bacquehan. 6. Spurt: 1. Rebe, 2. Buschenhagen, 3. Golle, 4. Friede. 7. Spurt: 1. Tonani, 2. Gottfried, 3. Horder, 4. Lewanow. 8. Spurt: 1. Rebe, 2. Buschenhagen, 3. Behrendt, 4. Knappe. 9. Spurt: 1. Tonani, 2. Kieger, 3. Gottfried, 4. Stolz. 10. Spurt: 1. Knappe, 2. Bauer, 3. Buschenhagen, 4. von Hevel.

Der Stand des Rennens nach den beiden ersten Wertungen ist nun folgender: 1. Gottfried-Rebe 30 Punkte. Eine Runde zurück: 2. Knappe-Kieger 36 Punkte. 3. Bauer-Junge 28 Punkte. 4. Lewanow-Buschenhagen 28 Punkte. 5. Lorenz-Tonani 20 Punkte. 6. Horder-Horan 14 Punkte. 7. Hufschte-Golle 13 Punkte. 8. Behrendt-Stolz 9 Punkte. 9. Kerts-von Hevel 7 Punkte. 10. Friede-Verschueren 5 Punkte. 11. Koch-Riehe 5 Punkte. 12. Blanchonnet-Marcellac 3 Punkte. 13. Wambst-Bacquehan 2 Punkte. Ersatzmann: Lieg.

Bei einer Jagd in den frühen Morgenstunden verlieren Stolz-Behrendt, Blanchonnet-Marcellac eine weitere Runde. Die erste Strafrunde wird verhängt: Hufschte-Golle sind die „Blindlichen“! Bis 6 Uhr früh (Beginn der bis 12 Uhr mittags währenden Neutralisation) sind 297,330 Kilometer gefahren.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Die Abteilungsleiter werden gehalten, heute, Freitag, den 6. November, zwischen 8 und 9 1/2 Uhr abends, in der Spedition, Reichsstraße, bestimmt Plätze abzuholen.
- 12. Kd. Sannabend, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärkonferenz bei Caloor, Curdstraße 1.
- 13. Kd. Reichsverband. Sannabend, den 6. November, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärkonferenz im Lokal Meister, Westendstr., Ecke Pantlauer-Allee. Erscheinen sämtlicher Funktionäre unbedingt erforderlich.

Die Löhne in Deutschland.

Sie sind viel zu niedrig.

Die ersten Ergebnisse in der Erhebung der Erwerbslosenfürsorge am 2. Juli d. J. wurden kürzlich im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht. Die Erhebung verfolgte den Zweck, die Veränderungen der Arbeitslosenunterstützung beim Uebergang vom gegenwärtigen zum Lohnklassensystem zu ermitteln. Aus dem statistischen Material können wir auch auf die Lohnhöhe in Deutschland einige Schlüsse ziehen. Erstreckt sich die Erhebung auf fast 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfänger, d. h. auf eine außerordentlich große Zahl von Arbeitnehmern, deren Wohnortdienst in ihrer letzten Arbeitsstelle in dieser Statistik enthalten ist. Im „Reichsarbeitsblatt“ wird zwar davon gewarnt, die Erhebung als Lohnstatistik aufzufassen, weil die Arbeitslosen nur einen Ausschnitt der Arbeitnehmererschaft darstellen und die Lohnangaben aus ganz verschiedener Zeit herrühren. Indessen wird im „Reichsarbeitsblatt“ selbst erklärt, daß der gewählte Stichtag (2. Juli) mit seiner großen allgemeinen Arbeitslosigkeit fast alle Berufsgruppen und gerade auch die qualifizierten Arbeiter trifft, weshalb die Statistik u. U. Stützpunkte für die Feststellung auch der Lohnhöhe zu geben vermag.

Bedauerlicherweise verfügen wir über keine umfassende Lohnstatistik. Die Statistik über die Entwicklung der Tarifverträge gibt aber das wirkliche Lohnniveau keinen ausreichenden Aufschluß. Die verlässliche Lohnhebung des I. D. B. im vergangenen Jahre erlöschte nur 125 000 Personen. So sind die vorhandenen Auskünfte über die Lohnhöhe recht mangelhaft; die gegenwärtige Erhebung, wenn sie auch für einen anderen Zweck durchgeführt wurde, kann daher eine nützliche Ergänzung bieten.

Auch die neue Statistik verrät nicht das wirkliche Lohnniveau, sondern den Bruttolohn der Arbeiter, das heißt, den normalen Verdienst der Arbeiter bei regelmäßiger Arbeitszeit einschließlich etwaiger Zuschläge (Altkasse, Prämien, Leistungs-, Familienzuschläge) und ohne Abzüge für Steuern und Sozialabgaben. Das wirkliche Lohnniveau, auch der Volkarbeiter, war in der Regel erheblich niedriger als die neue Statistik es angibt, zumal seit dem Stichtag vom 2. Juli die Löhne infolge des großen Arbeiterangebots im weitestgehend sinkende Tendenz zeigen. Auf Grund der Angaben von 1,6 Millionen Arbeitnehmern wurde also festgestellt, daß der wöchentliche Normalbruttolohn dieser (später als arbeitslos unterstützten) Arbeitnehmer 33,09 Mark betrug, davon der durchschnittliche Bruttolohn 36,29 Mark, der der weiblichen Arbeitnehmer 20,29 Mark. Der Bruttolohn der Erwachsenen beträgt 33,57 M., davon der der männlichen 36,71 M., der der weiblichen 20,63 M., der der Jugendlichen 16,81 Mark, davon der der männlichen 18,39 M., der der weiblichen 13,95 M.

Was die einzelnen Lohnklassen anbelangt, so sind am dichtesten besetzt bei den Männern über 18 Jahre die Lohnklassen von wesentlich 29 bis 30 Mark, bei den Frauen über 18 Jahre die Lohnklasse von 19 bis 20 Mark, bei den Jugendlichen bis zu 18 Jahren die Lohnklassen von 14 bis 15 Mark. Aus der Erhebung geht hervor, daß von den erwerbslosen Männern nur 43,33 Proz. keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben, des weiteren, daß die Kopfzahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen fast ebenso hoch war, wie die der Hauptunterstützungsempfänger.

Streikbeschluss der Bauanschläger.

Um die Erhöhung der Löhne.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Bauanschläger hatten in ihrer letzten Versammlung die Branchenleitung beauftragt, dem Schlichterband Berliner Schlossereien das Lohnabkommen zu kündigen und eine 10prozentige Erhöhung der Löhne und Akkorde zu fordern. Ebenso sollte eine Erhöhung des Preises für die Errichtung der Baubude verlangt werden. Es gab bisher für das Bauen einer Bude mit ein oder zwei Plätzen 7 M., für jeden weiteren Platz 1,50 M. mehr. Gefordert wurden 9 bzw. 2 M.

In den Verhandlungen stellten die Unternehmer die Forderung, den Lohn von 1,50 M. auf 1,25 M., den Akkordberechnungssatz von 180 auf 150 und die Fahr- und Laufzeitentschädigung ganz abzubauen. Als das die Organisationsvertreter ganz entschieden ablehnten, erklärten sie sich schließlich zur Verlängerung des alten Lohnabkommens bis zum 30. April 1927 bereit, jedoch mit der Einschränkung, daß die Fahr- und Laufzeitentschädigung fortzufallen. Da auch dieses Verlangen von den Arbeitervertretern abgelehnt wurde, scheiterten die Verhandlungen.

Die Unternehmer riefen daraufhin den Schlichtungsausschuss an. Dieser fällt am Mittwoch einen Schiedsspruch, durch den das bisherige Lohnabkommen bis zum 30. April 1927 verlängert werden soll. Die Forderung auf eine 10prozentige Erhöhung der Löhne und Akkorde sowie des Preises für die Errichtung der Baubude trägt der Schiedsspruch nicht Rechnung, sondern sieht im Gegenteil noch eine Verschlechterung des Garantielohnes vor. Die Erklärungsfrist wurde auf den 10. November festgelegt.

Die Bauanschläger nahmen gestern abend in einer gut besuchten Versammlung im Verbandshaus der Metallarbeiter zu dem Schiedsspruch Stellung und lehnten ihn nach einer kurzen Aussprache in geheimer Abstimmung einstimmig ab. Ein in der Versammlung anwesendes Mitglied des Vorstandes des Vereines der Berliner Bauanschläger erklärte, seinen Mitgliedern ebenfalls die Ablehnung des Schiedsspruches zu empfehlen.

Da diese einstimmige Ablehnung zugleich den Streikbeschluss bedeutet, hängt es von der weiteren Haltung der Unternehmer ab, ob es in den nächsten Tagen zu einem Streik kommt

oder nicht. Sollten die Unternehmer den Forderungen der Bauanschläger nicht entgegenkommen, erscheint der offene Konflikt jedenfalls unvermeidlich.

Nach der Erledigung von Branchenangelegenheiten wurde noch beschlossen, den streikenden englischen Bergarbeitern aus dem Branchenfonds 300 M. zu überweisen.

Lohnerhöhung für Wein- und Likörarbeiter.

Am Donnerstag fanden nochmals Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrien statt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist folgendes: Ab 29. Oktober 1926 erhalten alle männlichen Arbeiter eine Lohnzulage von wöchentlich 2 M., Rutscher eine solche von 3,50 M., Kraftwagenführer 4 M., Arbeiterinnen 1,40 M. Dementsprechend betragen die Wochenlöhne für männliche Arbeiter 41 M., für Rutscher 44,50 M., für Kraftwagenführer 48 M., für Arbeiterinnen 33,60 M. Das Lohnabkommen soll Geltung haben bis zum 31. März 1927. Die Arbeiter werden am Dienstag zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen.

Kommunistische Verleumdung.

In ihrer Schuttablagung „Aus den Betrieben“ — hat die „Rote Fahne“ versucht, gegen den Betriebsobmann der Deutschen Bauhütte, Genossen Knaulehn, eine Heiße zu veranstalten. Es wurde gefordert, daß die Baudelegierten gegen Knaulehn Stellung nehmen sollen. Die Baudelegierten haben die Vorfälle geprüft und folgenden Befehl erteilt:

„Die Baudelegierten der „Deutschen Bauhütte“ nehmen Kenntnis von den Anwürfen der „Roten Fahne“ und ihren Hintermännern in der Nr. 239 und 240 gegen den Betriebsratsvorsitzenden Knaulehn und weisen sie energisch zurück, da die geschülderten Vorfälle den Tatsachen nicht entsprechen. Gleichzeitig sprechen sie dem Kollegen Knaulehn ihr erneutes Vertrauen aus. Eine Berichtigung in der „Roten Fahne“ zu geben, halten die Delegierten aus Erfahrung für überflüssig.“

Kan ist die „Rote Fahne“ noch immer nicht zufrieden. Die Befehlschästen sollen Stellung nehmen. Warum nicht gleich einen Kongreß der Maulhelden einberufen?

Mitteldeutscher Mühlenarbeiterstreik.

Magdeburg, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik im Magdeburger Mühlengebiet hat an Umfang zugenommen. Runmehr haben neben den Mühlenarbeitern in Quedlinburg und Burg b. M. auch die Magdeburger Mühlenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es befinden sich zurzeit die Arbeiter der Mühlen R. Kragenstein und A. Kramer in Quedlinburg, der Rolandsmühle in Burg b. M., der Magdeburger Mühlenwerke A.G. und der Mühle W. A. Drentmann im Streik.

Wohl wenig Industrien haben seit Jahren eine so gute Beschäftigung wie die Mühlenindustrie. Die Verdienst- und Gewinnmöglichkeiten sind sehr hoch, wie die Börsenausweise beweisen. Im Bezirk Magdeburg gibt es Mühlen, bei denen die Aktienwerte seit 1924 um das zwanzigfache gestiegen sind. Wer aber glaubt, daß dementsprechend auch die Löhne der Mühlenarbeiter in die Höhe gegangen sind, der irrt sich. Der Spitzenlohn der Facharbeiter in den Magdeburger Mühlen beträgt seit 1 1/2 Jahren 36 M. pro Woche. Auf Grund der guten Geschäftslage förderten die Mühlenarbeiter eine Lohnerhöhung von 4 M. pro Woche. Die Mühlen lehnten ab. Der Schlichtungsausschuss verlängerte bis auf weiteres durch Schiedsspruch die gegenwärtigen Löhne! Der Schiedsspruch wurde von den Mühlenarbeitern abgelehnt; die Mühlen beantragten Verbindlichkeitsklärung. Diese wurde aber vom Schlichter abgelehnt. Da die Mühlen von ihrer Hartnäckigkeit nicht abließen, traten unächst die Mühlenarbeiter in Quedlinburg und Burg b. M. in den Streik, der nun einen größeren Umfang angenommen hat.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Ernst Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calorn; Familien: R. A. Köhler; Soziales und Sonstiges: Erik Krahdt; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Musikaufträge

überläßt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Knickestr. 21 (Königsplatz 4310, 4048), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Für wenig Geld viel Ware

Hier der Beweis:

Damenstrümpfe 33 Pf. farb. schwarz, gut verst. Paar	Damenhemd 95 Pf. mit Träger und Stickerei	Selbstbinder 50 Pf. hübsche Must., volle Lg.	Unterhosen 1 ²⁵ für Herren, wollgemischt, 1,78
Damenstrümpfe 65 Pf. farb. Doppels, Hochf. Paar	Damenhemd 1 ³⁵ Arbeitschluß mit Stickerei	Hosenträger 95 Pf. Gummis-Leid., extrast. 1,65	Normal-Hemden 1 ⁷⁵ wollgemischt, 1,98
Damenstrümpfe 95 Pf. Seidenhaar, gute Ware, Paar	Hemd hose 1 ⁹⁵ mit Klappelspitze	Vorhemden 95 Pf. Kragen, hübsche mod. Streif.	Strick-Tailen 95 Pf. weiß, starkfäd. Waren, 1,28
Damenstrümpfe 1 ⁹⁵ Wascheidm., ganz kl. Fehl. Paar	Gummischürzen 50 Pf. für Damen, viele Farben	Oberhemden 3 ⁹⁵ mit Kragen, moderne Muster	Damen-Schlüpfer 1 ²⁵ mit angeraumtem Futter



Geb. A.-G.
Swinemünder Straße 86
Ecke Lortzingstraße
Das große Warenhaus des Nordens

Freitag und Sonnabend Schlusstage



Porzellan

Speiseteller 35 Pf. flack. weiß, mit kleinem Fehlern	Kaffeesevice 1150 15tlg., 12 Pers., Blaub.
Speiseteller 28 Pf. flack. weiß, mit kleinem Fehlern	Kaffeesevice 450 6tlg., 6 Personen
Abendbrotteller 16 Pf. weiß, mit kleinem Fehlern	Kaffeesevice 225 5tlg., 2 Personen
Kompotteller 10 Pf. weiß, mit kleinem Fehlern	Tafelservice 1150 77tlg., 12 Pers., Goldrand, mit Vollgoldhenkel

Tassen Goldr. md. mit Untertassen, 30 Pf.	Tassen mit Untertassen, Handmuster, 32 Pf.
--	---

Steingut

Küchengeräten 775 27tlg., Karo- oder Delikatmuster
Tafelservice 875 Steingut, 6 Personen
Waschgarnitur 975 Steille, Goldrand
Satz Salatieren 90 Pf. 6tlg., weiß

Glas

Fruchtschalen 90 Pf. gepresst
Vasen ca. 27 cm, 90 Pf.
Römer Weinsaub 58 Pf.
Bierbecher geschliffen, 28 Pf.

Gardinen * Decken

Stamin-Garnituren 190 450 500 Stellig, mit Einstecken	Engl. Füll-Garnituren 295 475 625 3 tlg., grosse Musterausw.
Madras-Garnituren 290 475 625 licht- und waschecht	Stamin-Halbstoren 95 150 325 mit Einstecken
Engl. Füll-Halbstoren 390 550 750 sehr schöne Muster	Madras dunkelgründig, ca. 130 cm breit, 195 245 390

Stamin Portieren 50 Pf. doppeltbreit, Meter	Portieren-Garnitur 195 rein Messing, 150 cm lang, komplett
---	--

Satin-Steppdecke 1675 Handarbeit, doppeltstellig, Größe 130/200
Diwandeden 775 1125 1950 Fantasie- und Gobelinwebes
Tischdecken 525 750 1175 dazu passend

Teppiche * Einoleum

Ba. Wollperfer 825 ca. 1100 ca. 1825 ca. 4250 ca. 6800 ca. 10200 m. Franzen, schwere Qualitat, ca. 60/120	Prima Velours 775 ca. 3000 ca. 4250 ca. 6500 ca. 10000 grosse Musterauswahl, ca. 60/120	Einoleumläufer 215 67 cm br. 245 90 cm br. 325 110 cm br. 410 130 cm r. 495 200 cm br. 290 starke Ware, ca. 90 cm breit, 1/2 r. Meter
---	---	---

Wirtschaftsartikel

Kehrschaufeln 35 Pf. Emailliert	Leibwärmer 75, 95 Pf.
Kohlenschaufeln 20, 45 Pf.	Wärmflaschen 190 265 verzinkt
Waschbecken 90 Pf. 210 Emailliert	Ofenrohre 110 165
Milchkocher 2 Liter Inhalt 145	Spirituskocher 90 Pf. 125

Teeglashalter 35 Pf. vernickelt	Tortenplatten 285 mit Stielgufeinlage, 3,50
---	---

Holz- und Bürstenwaren

Küchengeräten 90 Pf.	Rosshaarbesen 90 Pf. 165
Holztablets 90 Pf. 145	Handfeger Rosshaar 95 Pf. 125
Holzkafeemühlen 190	Scheuerbürsten 20, 25 Pf.
Aermelbretter bezogen 75, 95 Pf.	Bohner mit Eisenbeschlag, 325

Krümelschaufeln mit Feger 90 Pf. 245	Elektr. Heizsonnen 1100 1750
---	-------------------------------------

HERMANN TIETZ

FRANKFURTER ALLEE

Untere Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet.
Bilder aus „Alt-Berlin“